

Die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion V0383/21, der UWG-Stadtratsfraktion V0217/21, V0388/21, der CSU-Stadtratsfraktion V0359/21, der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP V0546/21 und die Beschlussvorlage der Verwaltung V0476/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

V0546/21

Änderungsantrag zu V0476/21 - Neubau der Kammerspiele
-Antrag der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE und ödp vom 30.06.2021

Stadtrat vom 29.07.2021

Nach Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf gehe es heute nicht darum, ob die Kammerspiele gebaut oder nicht gebaut werden, sondern um die vielen vorliegenden Anträge, welche in der Vorlage abgearbeitet seien. Es sei wichtig die Alternativen zu reflektieren und darzulegen. Die Frage am Ende laute allerdings „ob es dies überhaupt braucht“ und wenn ja an dieser Stelle. Dies sei die Debatte, die den Stadtrat bis zum Jahresende begleiten werde. Die Frage ob´s dies braucht, sei im Jahr 2017 vom Stadtrat einstimmig, auch zum Standort, beschlossen worden. Der Planungsauftrag war, einen Ort im Umfeld des Stadttheaters zu finden. Insofern habe man hinsichtlich dessen ein Ergebnis erhalten. Der Oberbürgermeister verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates der letzten Wahlperiode und merkt an, dass dieser sich hier eine nachhaltige Lösung überlegt habe. Zum Begriff Kammerspiele weist er darauf hin, dass es sich um eine Ersatzspielstätte für das kleine Haus handelt. Weiter verweist er auf die abgelehnte Überlegung eines Zeltes, welches mit Millionenkosten verbunden sei und man dafür keine Zuschüsse erhalte. Weiter sei man dann auf den Standort Klenezpark gekommen. Die Untersuchungen haben aufgezeigt, dass dies aus unterschiedlichsten Gründen nicht funktioniere. Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die bisherigen Planungskosten von fast vier Mio. Euro. Hinsichtlich der vielen Kosten sei es sinnvoll, keine weiteren Planungen in Auftrag zu geben. Er regt an, den Fahrplan bis Dezember zum endgültigen Planungsauftrag ernst zu nehmen. Weiter weist er darauf hin, dass, wenn keine Beschlussfassung für die Kammerspiel zustande komme, müsse dies ganz realistisch betrachtet werden. Insofern müsse dann das Theaterspielen für fast sechs Jahre eingestellt werden.

Das Wort Kammerspiele habe sich in den letzten Jahren zu einem Reizwort entwickelt, so Stadtrat Mißbeck. Weiter verweist er auf das klare Abstimmungsergebnis für die Kammerspiele. Nun gebe es ernste Zweifel in der Bürgerschaft im Hinblick auf die Kostenexplosion des MKKD. Fraglich sei, ob die Daten für die Kammerspiele realistisch sind. Da sich der Stadtrat auf die vorgelegten Daten verlassen müsse, erwarte er im Dezember eine konkrete Aufstellung.

Die Bezeichnung Kammerspiele oder Ersatzspielstätte spiele nach Worten von Stadtrat Grob keine Rolle. Ihm gehe es darum zu wissen, was gebaut werde und ob dies auch funktioniere. Viele Fakten seien dem Stadtrat im November letzten Jahres nicht bekannt gewesen. Es bedeute aber nicht, den Bau der Kammerspiele zu verhindern. Stadtrat Grob betont, dass die CSU-Stadtratsfraktion einen einzigen Alternativvorschlag im Klenezpark zur parallelen Prüfung angeregt habe. Die Fraktion trage große Sorge, dass der jetzige Standort aus technischen und finanziellen Gründen nicht umzusetzen sei. Stadtrat Grob betont, dass keine Verzögerung gewünscht sei. Es solle kein Druck aufgebaut werden, aber bevor begonnen werde, müssen alle Fakten klar definiert sein. An Herrn Fall gewandt appelliert er beim Treffen mit den Bauexperten alle Details zu klären. Weiter verweist er auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und regt an, die Veranstaltung mit Herrn Knebel abzuhalten. Wenn alle Bedenken ausgeräumt seien, habe der Stadtrat ein gemeinsames Ziel, dort die Kammerspiele zu bauen. Er bittet bei der Beschlussfassung die Formulierung dahingehend

zu ändern, dass dies nicht weiterverfolgt werde. Denn sollte man aus statischen und geologischen Gründen am jetzigen Standort nicht bauen können, dann habe man Zeit verloren und fange von vorne an. An die SPD-Stadtratsfraktion gewandt merkt er an, dass diese einen bunten Strauß von Alternativen eingebracht habe. Dies sei legitim, aber der Stadtrat müsse miteinander die richtige Entscheidung treffen. Dies müsse heißen, dass die Expertise bekannt sei und alle Fachleute wissen ob es funktioniere und was es koste. Dies sei ein solider Untergrund.

Es gehe heute nicht um das Thema Fahrplan, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Dieser sei unumstritten, denn bis Ende dieses Jahrs werden von Herrn Fall alle Daten und Fakten vorgelegt. Heute ging es darum, die Alternativen aufzuzeigen und was die Stadt erwarte, wenn die Kammerspiele nicht beschlossen werden.

Die Frage sei, wie es weitergehe, wenn im Dezember keine Entscheidung getroffen werden könne, so Stadtrat Köstler. Dabei verweist er auf die Zahl X, welche sehr hoch sein könne. Insofern solle sich ernsthaft über Alternativen unterhalten werden. Seitens der ödp-Stadtratsgruppe solle sich die Stadt über Alternativen Gedanken machen.

Das warten bis zum Tag X und dann eine Entscheidung zu treffen und danach vielleicht mit leeren Händen da zu stehen sei nach Worten von Stadtrat Stachel der falsche Weg. Es müsse, zumindest eine Vorprüfung und andere Standorte in Erwägung gezogen werden. Weiter verweist er auf die Stimmung in der Stadt und man müsse sich darauf einstellen, dass unter Umständen der Bürger eine Entscheidung treffen werde. Wenn man dann keinen Plan B aufzeigen könne, habe man das Szenario, dass in den nächsten fünf bis sechs Jahren kein Theater gespielt werden könne. Früher sei mit einem deutlich kürzeren Zeitraum argumentiert worden. Aber selbst zwei bis drei Jahre seien ein langer Zeitraum zur Überbrückung. Diese könne ein Ersatzneubau, eine Ersatzspielstätte, aber auch ein Splitten auf mehrere Orte sein. Dies bedürfe einer Prüfung, um nicht am Jahresende mit leeren Händen dazustehen. Stadtrat Stachel verweist auf die Einarbeitung der Risikozuschläge. Es sei klar, dass die Zahl sehr hoch ausfallen und das Risiko sehr groß sein werde, aber man dürfe nicht alternativlos sein. Die bereits investierten Planungen seien keinesfalls verlorene Kosten. Der Stadtrat wolle die belastbaren Zahlen. Stadtrat Stachel merkt an, dass man sich für die ausführliche Prüfung entschieden habe, denn diese sei Basis für die Entscheidung.

An Stadtrat Stachel gewandt fragt Oberbürgermeister Dr. Scharpf nach, ob der Standort trotzdem nicht gewollt werde, wenn bei der Untersuchung rauskomme, dass dieser technisch funktioniere.

Hier gebe es viele Aspekte, über die zu entscheiden seien, so Stadtrat Stachel. Der eine sei die technische Machbarkeit, der andere der finanzielle Aspekt. Hier müsse eine Bewertung getroffen werden, ob es Wert sei, an dieser Stelle Dinge aufzugeben. Die Summe aus diesen ganzen Faktoren ergebe dann die Entscheidung.

Im Hinblick auf Alternativstandorte verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die Mittelschule am Augraben. Es müsse aber klar sein, dass wenn nochmals nach alternativen Standorten gesucht werde, die Planungen von vorne beginnen.

Es sei schon erstaunlich, was hier für Nebelkerzen geworfen werden, so Stadträtin Leininger. Oberbürgermeister Dr. Scharpf habe eingangs der Debatte Klarheit reingebracht. Eines sei klar, dass eine Ersatzspielstätte benötigt werde. Der Name „Kammerspiele“ solle ein bisschen zurückgestellt werden. Was dort langfristig entstehen solle, sei ein Kinder- und Jugendtheater. Dabei verweist sie auf die Zusammenarbeit der Schulen mit dem Theater. Dies sei nach ihren Worten die beste Jugend- und Bildungsarbeit. Dieser dort entstehende Ort solle für kulturelle Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendliche genutzt werden. Darum gehe es ganz klar. Zu sagen, wir haben keine Zeit, sei nicht richtig, denn es gehe lediglich noch um vier Monate. Diese könne man erwarten, um belastbare Zahlen vorliegen

zu haben. Die Ersatzspielstätte brauche es sowohl langfristig für die Kinder und Jugendlichen, damit diese nicht mehr mit dem Bus nach München zum Theater fahren müssen. Die Stadt sei für die Schaffung dieser Bildungsstätte verantwortlich. Weiter verweist Stadträtin Leininger auf die 75ig prozentige Förderung der förderfähigen Kosten durch den Freistaat. Ingolstadt habe eine ungeheure Chance für die Realisierung dieses Projektes.

Es sei fast erschütternd, dass nach all den Jahren nun im Raum stehe, ob's dies brauche, so Stadtrat Dr. Schuhmann. Im Jahr 2017 habe sich der Stadtrat einstimmig für die Ausschreibung eines Wettbewerbs ausgesprochen. Im Auslobungstext seien die Architekten über das geplante Umfeld informiert worden. Hier handelt es sich um die Ersatzspielstätte in die das kleine Haus integriert werden solle, die Heimat für das Kinder- und Jugendtheater und auch um die notwendige Verbesserung der Werkstätten. Dies sei der Komplex der Kammerspiele. Auch habe man von der Aufwertung der Altstadt gesprochen. An Stadtrat Stachel gewandt sei es fast schon unverfroren, über die Stimmung der Bürgerschaft zu sprechen. Stadtrat Dr. Schuhmann bemängelt, dass diese voran die FW-Stadtratsfraktion erzeugt habe. Nun zu behaupten, Fakten auf den Tisch zu legen, sei nicht richtig. Es seien alle Alternativen genannt worden. Stadtrat Schuhmann appelliert an den Stadtrat den ureigenen, gefassten Beschluss zu erfüllen.

Die Diskussion sei fast schon absurd, so Stadtrat Schäuble, da das gleiche Thema stetig diskutiert werde. Es seien sich alle einig abzuwarten, bis die Ergebnisse vorliegen, über die diskutiert werden könne. Nach seinen Worten seien die Kammerspiele ein großes und wichtiges Thema, welches diskutiert werden müsse. Es sei klar, dass jede Partei ihre Meinung im demokratischen Rahmen äußern könne. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU habe sich unter zwei Bedingungen immer dafür ausgesprochen. Wenn es dort technisch möglich sei zu bauen und wenn der Kostenrahmen passe. Die Antworten auf die Fragen erhalte man nach den Untersuchungen. Zum Standort merkt Stadtrat Schäuble an, dass dieser aus Stadtentwicklungssicht großes Potential biete. Hier werde ein Platz um das Theater erschlossen und auch die Innenstadt, welche derzeit leide, gestärkt. Gleichzeitig bekomme man einen Ersatz für das dringend benötigte Kleine Haus. Dadurch werden endlich Kapazitäten für das Kinder- und Jugendtheater geschaffen. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU sehe diesen Bau als integralen Teil einer Bildungslandschaft in Ingolstadt. Insofern die klare Aussage, wenn es technisch und finanziell machbar sei, sichert die FDP/JU ihre Zustimmung zu.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf unterstreiche jedes Wort seines Vorredners. Es bringe nichts, dass die Kammerspiele in irgendeinen Hinterhof gebaut werden. Diese sollen gut platziert und als Bereicherung für die Stadt gesehen werden. Im Hinblick auf die Stadtentwicklung unterstreiche dieser Standort das Ganze. Wenn es finanziell und technisch möglich sei, dann dürfe dem nichts anderes im Wege stehen.

Nach Worten von Stadtrat Rehm solle eine Entscheidung erst nach Vorlage der endgültigen Zahlen erfolgen.

Stadtrat Pauling pflichtet Stadtrat Köstler, Stadtrat Grob und Stadtrat Stachel bei. Auch für ihn sei eine ordentliche Risikoeinschätzung wichtig. Aber er betont auch, um einen Plan B zu haben, müsse an Alternativen gearbeitet werden. Im Hinblick auf die Mitarbeiter des Stadttheaters solle das Ganze nicht ewig verschleppt werden. Weiter warnt er vor einer enormen Kostensteigerung.

Im Dezember treffe der Stadtrat, vor dem Hintergrund es sei technisch umsetzbar, eine verantwortungsvolle Entscheidung, so Stadtrat Lange. Er weist aber darauf hin, dass es immer Risiken bergen werde. Ein wichtiger Punkt sei allerdings der Kostenrahmen, welcher eingehalten werden müsse. Die UWG-Stadtratsfraktion sei nicht gegen die Kammerspiele an diesem Standort, aber es solle kein unkalkulierbares Risiko eingegangen werden. Insofern erwarte er, auf Augenhöhe miteinander zu sprechen. Die Frage „Brauchs das überhaupt?“

sei nie in den Anträgen der UWG gestellt worden. Es sei lediglich darauf hingewiesen worden, dass das Ganze möglichst kalkulierbar sei. Er verwahre sich dagegen, als Kulturbanause hingestellt zu werden.

Nach Worten von Stadtrat Dr. Schickel sei es schwierig, keine Satire zu schreiben, denn er komme sich vor wie in einem Kasperltheater. Die Aussage von Stadträtin Leininger habe klar aufgezeigt, dass dieses Ersatzspieltheater eine Bildungschance für die Kinder und Jugendlichen sei. Genau aus diesem Grund solle man endlich damit aufhören, Schulen, Kitas und diese Ersatzspielstätte gegeneinander auszuspielen. Denn dies gehöre untrennbar zusammen. Dies sei ein ganz perfides, argumentatives Spiel, das hier betrieben werde.

Stadtrat Stachel weist die Anschuldigungen von Stadtrat Dr. Schuhmann zurück und merkt an, dass es jeder Partei zustehe einen Antrag zu stellen.

Herr Engert informiert, dass eine weitere Prüfung mit erheblichen Kosten verbunden sei. Weiter verweist er auf die Prüfung aus dem Jahr 2012 bis 2016 für den Standort Klenzepark.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0476/21:

Gegen 3 Stimmen (Stadtrat Köstler, Stadträtin Bulling-Schröter, Stadtrat Pauling):

1. Die Stellungnahme der Verwaltung und der INKoBau zu den Anträgen der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.05.2021 und der UWG-Fraktion vom 25.03.2021 und 05.05.2021 werden zur Kenntnis genommen.
2. Überlegungen oder eine Wiederaufnahme von Planungen zum Bau der Kammerspiele im Klenzepark, wie von der CSU-Fraktion mit Antrag vom 14.05.2021 beantragt, werden **vorerst** nicht weiterverfolgt.
3. Die Standortüberlegungen der Bezirksausschüsse Südost und Nordwest zur Situierung der Kammerspiele werden nicht weiterverfolgt.

Die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion V0383/21, der UWG-Stadtratsfraktion V0217/21, V0388/21, der CSU-Stadtratsfraktion V0359/21 und der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP V0546/21 sind durch die Beschlussvorlage der Verwaltung erledigt.